

Der Prozess zur Beantragung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendien) ist für die Antragstellenden sehr aufwendig. Bei jedem Antrag müssen die Unterlagen erneut in physischer Form eingereicht werden. Auch für das zuständige Amt für Ausbildungsbeiträge ist dieser analoge Ablauf kaum effizient. Derzeit ist lediglich die Vorabklärung über ein Webformular möglich. Dass ein vollständig digitales Verfahren möglich ist, zeigt das Beispiel der Stelle für Studienfinanzierung der ETH Zürich. Auch die Steuererklärung im Kanton Basel-Stadt - die von deutlich mehr Personen eingereicht wird als ein Stipendienantrag – ist mittlerweile vollständig digital einreichbar.

Ein vollständig digitaler Ablauf des Stipendienverfahrens würde nicht nur die Effizienz erhöhen und den administrativen Aufwand auf Seiten der Antragstellenden wie auch der Verwaltung reduzieren, sondern gleichzeitig auch die Möglichkeit schaffen, ohne zusätzlichen Aufwand eine umfassende Statistik über die Anträge zu führen. Dabei könnten neben der Anzahl genehmigter und abgelehnter Anträge auch weitere relevante Informationen wie die Bearbeitungsdauer, die Beitragshöhe, die Ausbildungsrichtung oder der Bildungsgang systematisch erfasst und ausgewertet werden.

Entsprechend fordern die Anzugsteller den Regierungsrat dazu auf zu prüfen und zu berichten:

1. Wie der Prozess zur Beantragung von Stipendien vollständig digitalisiert werden kann inklusive der sicheren elektronischen Einreichung aller erforderlichen Unterlagen und der elektronischen Kommunikation mit den Antragstellenden.
2. Welche technischen, rechtlichen oder organisatorischen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden müssen.
3. Ob und wie bestehende IT-Infrastrukturen des Kantons für ein solches Vorhaben genutzt oder erweitert werden können.
4. Welche finanziellen und personellen Ressourcen für die Umsetzung einer vollständigen Digitalisierung des Verfahrens notwendig wären.
5. Wie eine umfassende, standardisierte und datenschutzkonforme Statistik über die eingereichten Stipendienanträge automatisiert geführt werden kann.
6. Welche Indikatoren (z. B. Bearbeitungsdauer, Beitragshöhe, Ablehnungsgründe, Bildungsinstitutionen, Ausbildungsniveaus, soziale Kriterien) sinnvollerweise in einer solchen Statistik erfasst werden sollen.
7. In welchem Zeitraum eine schrittweise oder vollständige Umsetzung möglich wäre.
8. Ob und inwiefern Synergien mit bestehenden digitalen Verwaltungsprozessen (z. B. digitale Steuererklärung, Online-Plattformen anderer Ämter) genutzt werden können.
9. Welche Best-Practice-Beispiele anderer Kantone oder Institutionen als Vorbild dienen könnten.

Catherine Alioth, Raoul I. Furlano, David Jenny, Anouk Feurer, Béla Bartha, Sandra Bothe, Michela Seggiani, Brigitte Gysin, Remo Gallacchi, Amina Trevisan, Annina von Falkenstein